

Berliner Erstklässler

heute 14:23 Uhr

Kurze Beine, längere Wege

Abermals steigt die Zahl der Kinder, die schulpflichtig werden. In Wohnortnähe bekommen nicht alle einen Platz. Und in den Klassen wird es proppevoll. VON [SUSANNE VIETH-ENTUS](#)



Kein Platz mit Tüte. Nach der Einschulung könnte es an vielen Berliner Schulen eng werden. Die Unterbringung der Erstklässler ist... FOTO: UWE ZUCCHI/DPA

Berlins Grundschüler müssen noch mehr zusammenrücken: Drei Monate vor den großen Ferien wissen noch nicht alle Bezirke, wo sie ihre Erstklässler unterbringen können. **Denn der Jahrgang ist abermals größer als im Vorjahr.** Schon jetzt steht fest, dass nicht alle Kinder in ihren Einzugsgebieten Platz finden. Die Lage wäre noch schwieriger, wenn nicht zahlreiche Kinder von der Schulpflicht zurückgestellt worden wären.

Allein in Pankow können sechs Schulen nicht alle Kinder aus dem Einzugsgebiet unterbringen, teilte Bildungsstadtrat Torsten Kühne (CDU) dem Tagesspiegel mit. Betroffen sind die Grundschule an der Marie, die Thomas-Mann- und Arnold-Zweig-Schule, in Weißensee die Picasso- und Wasserturm-Schule sowie die Schule am Hamburger Platz. Zudem müssen Klassen mit bis zu 28 Kinder gebildet werden. Aktuell seien formal noch einige Dutzend Kinder ohne Schulplatz, aber „wir kriegen das hin“, betont Kühne.

Abermals werden viele Kinder zurückgestellt

Vor kurzem sah das noch ganz anders aus – da fehlten in Pankow auf dem Papier knapp 700 Plätze und in Charlottenburg-Wilmersdorf sogar 1300. So steht es in der **aktuellen Antwort auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Joschka Langenbrinck.** Allerdings wurden diese Zahlen übermittelt, als die Zahl der Kinder, die in andere Bezirke oder zu freien Schulen abwandern, noch nicht feststand. Hierbei handelt es sich aber um relevante Größen. Dies gilt auch für die Zurückstellungen: Zwar wurde die Schulpflicht um ein Vierteljahr verschoben; allerdings gibt es insbesondere unter den Kindern, die erst zwischen Juli und September sechs Jahre alt werden, viele, die von ihren Eltern lieber in der Kita gelassen werden. Somit könnte es - **wie schon 2017** - pro Bezirk wieder eine dreistellige Zahl von Kindern geben, die zurückgestellt werden. Zudem weichen rund zehn Prozent eines Jahrgangs auf freie Schulen aus.

Ein Viertel mehr Erstklässler

Diesen beiden Umständen ist es zu verdanken, dass Charlottenburg-Wilmersdorf einigermaßen über die Runden kommt, obwohl es dort ein Viertel mehr Erstklässler als 2017 gibt. Aber auch Bildungsstadträtin Heike Schmitt-Schmelz (SPD) kündigte an, dass voraussichtlich nicht alle Kinder im Einzugsgebiet unterkommen – trotz zehn bis 13 zusätzlicher Klassen.

Friedrichshain-Kreuzberg teilte am Freitag nur mit, dass die Erstklässlerversorgung „sichergestellt“ sei. In Lichtenberg war von einer „wohnortnahen“ Versorgung die Rede. Allerdings berichten Eltern, dass sie aus Platzgründen den Einzugsbereichen „verrufter“ Schulen zugeordnet worden seien, und sie daher eine freie Schule suchen wollten. Aus Marzahn-Hellersdorf hieß

es, tatsächlich könnten "allen Kindern entweder an ihrer Einzugsgebietsschule oder teilweise an den Wechselwunschsulen Schulplätze zur Verfügung gestellt werden".

Im Vorjahr hatten mehrere Bezirke nicht **alle Kinder in den Einzugsgebieten** versorgen können. Aus Spandau berichtete Bürgermeister Helmut Kleebank (SPD), die Plätze würden wohl reichen. Auch in Steglitz-Zehlendorf, Treptow-Köpenick und Reinickendorf scheint es keine außergewöhnliche Platznot zu geben. Angaben aus Mitte und Tempelhof-Schöneberg fehlten in der Antwort auf Langenbrincks Anfrage.

Verwaltung will "Negativlisten" verhindern

Auch sonst war er nicht zufrieden mit den Antworten: Bildungs-Staatssekretär Mark Rackles (SPD) verweigerte ihm die Anmeldezahlen für jede einzelne Oberschule mit der Begründung, „undifferenzierte Negativlisten“ sollten vermieden werden. Die entsprechenden Zahlen für die Grundschulen wurden aber geliefert. Langenbrinck will sich – mit Hinweis auf die Fragerechte von Abgeordneten – nicht damit zufrieden geben und hakt nach. Das hatte schon im Fall der Vergleichsarbeiten und der **Verteilung der Brennpunktlehrer** zum Erfolg geführt.

Die Angaben zu den Grundschulen sind sehr aufschlussreich. Denn es ist nicht nur genau aufgelistet, wie viele Kinder in dem Einzugsbereich der jeweiligen Schulen gemeldet sind, sondern auch, wie viele einen Antrag gestellt haben, um von woanders auf die jeweilige Schule zu wechseln. Und ebenso ist zu lesen, wie viele Kinder an einer anderen Schule angemeldet wurden: So kann man sehr gut sehen, dass es Dutzende Schulen gibt mit Massenzu- und Massenabwanderungen.

Plötzlich wird man einer anderen Schulen zugeschlagen

Immer wieder versuchen die Schulämter, die Einzugsbereiche so zuzuschneiden, dass die Platzzahl und die Zahl der Kinder im Bereich übereinstimmen. **Das war auch im Herbst wieder in mehreren Bezirken erfolgt.** Entsetzte Eltern müssen dann erkennen, dass sie ihre schon sicher geglaubte gute Grundschule verlieren und sie einer Schule zugeschlagen werden, die bekanntermaßen - laut Inspektionsbericht, laut Leistungsdaten und laut Erfahrungen anderer Eltern - suboptimal sind. Wenn dann auch noch die umliegenden besseren öffentlichen Grundschulen überlaufen sind, sehen viele Eltern nur noch die Flucht auf die freie Schule als Ausweg - was sie eigentlich gar nicht geplant hatten.

Aufgrund der vielen Erstklässler - rund 33.000 sollen es dieses Jahr sein - brauchen die Schulämter mehr Zeit als früher, um den Familien die Bescheide über ihren Schulplatz zuzuschicken. **Schon 2017 hatte das zu großer Verärgerung und Verunsicherung der Eltern geführt.** In jedem Fall müssen die Bezirke so rechtzeitig vor Ferienende für Klarheit sorgen, dass sie Familien noch den Klageweg beschreiten können.

Ein neuer Schulstandort in Weißensee?

Wegen des knappen Schulplatzes auch im boomenden Ortsteil Weißensee versucht Pankows Stadtrat Kühne seit längerem, ein zusätzliches Grundstück zum Schulstandort zu machen. **Es befindet sich neben dem Primo-Levi-Gymnasium,** dessen Schüler und Lehrer zurzeit in ein weiter entferntes Zweitgebäude pendeln müssen. Das Zweitgebäude in der Pistoriusstraße würde sich wegen seiner kleinen Räume ohnehin besser als Grundschulstandort eignen.

Wie berichtet, hatte sich der Eigentümer des freien Grundstückes vor einigen Monaten bereiterklärt, das Grundstück unter bestimmten Bedingungen zu verkaufen. Kühne will nun klären, ob es dabei geblieben ist und ob die Finanzverwaltung bereit wäre, über zehn Millionen Euro für das fragliche Grundstück auszugeben. In die Investitionsplanung des Bezirks für 2018-2022 wurde es jedenfalls bereits aufgenommen, wie Kühne am Freitag auf Anfrage mitteilte. Das Primo-Levi-Gymnasium selbst hatte das Grundstück als möglichen Standort entdeckt. Die Schule ist unter zusätzlichem Druck, weil beide jetzt genutzten Gebäude stark sanierungsbedürftig sind.

Mehr zum Thema



Grundschulen in Berlin

Wohin mit den Kindern? Fünf Bezirke ändern Einzugsgebiete

Von Sylvia Vogt

Die Anfrage von Joschka Langenbrinck mit den Antworten von Staatssekretärs Mark Rackles zu den Anmeldedaten der einzelnen Schulen finden sie [HIER](#).